Weltchronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **233 (1960)**

PDF erstellt am: **07.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 31. Mai 1958 bis 31. Mai 1959)

Während sich die Russen im Jahre 1958 vergeblich bemüht hatten, eine große diplomatische Konferenz zwischen West und Ost zu verwirklichen, gelang ihnen dies im folgenden Jahre auf eine recht einfache Weise. Sie rissen eine neue Berliner Krise vom Zaun und brachten den Westen an den Konferenztisch, indem sie das Zustandekommen von Besprechungen zur Bedingung für ein Einlenken machten. Am 27. November verlangte Chruschtschew die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Er verknüpfte dieses Begehren mit einem Ultimatum, indem er erklärte, wenn sich der Westen weigere, über diese Frage zu verhandeln, so werde er nach Ablauf von sechs Monaten alle russischen Kontrollkompetenzen an den Zugängen von Berlin an die Deutsche Demokratische Republik abtreten und mit dieser einen Separatfrieden abschließen. Die Reaktion der Westmächte war sehr eindeutig: sie lehnten das Ultimatum ab und verwiesen auf ihr 1945 und 1949 zugesichertes Recht, in Berlin so lange zu verbleiben, bis Deutschland wiedervereinigt sein werde.

In der Folgezeit verlor die Streitfrage ihre unmittelbare Schärfe, denn einerseits gab der Westen zu verstehen, daß er nicht grundsätzlich gegen Verhandlungen eingestellt sei, und andererseits steckte auch Chruschtschew seine Pfähle etwas zurück, indem er anerkannte, daß die Westmächte in Berlin tatsächliche Rechte besäßen, und indem er erklärte, sein Ultimatum sei nicht eigentlich als eine Drohung zu verstehen, es komme ihm nur darauf an, daß über Berlin einmal geredet werde. Im Januar 1959 sandte Chruschtschew sodann den zweitstärksten Mann der Sowjetunion, Vizeministerpräsident Anastas Mikojan nach Amerika, wo dieser Gelegenheit bekam, mit maßgeblichen Kreisen im ganzen Lande Kontakt zu nehmen und dem Lande den Puls zu fühlen. Er dürfte dabei gelernt haben, daß die Amerikaner keine „Kriegstreiber" sind – wie es in der kommunistischen Propagandasprache zu heißen pflegt –, daß sie aber auch nicht bereit sind, ihre Rechte in Berlin für ein Linsengericht zu verkaufen. Eine Erkundungsfahrt in umgekehrter Richtung unternahm einen Monat später der britische Premierminister Harold Macmillan. Er hatte in Moskau vertrauliche Gespräche mit Premierminister Nikita Chruschtschew und informierte anschließend auf einer Rundreise durch die westlichen Hauptstädte seine Kollegen über die Moskauer Ausbeute. Die Außenstehenden konnten nur so viel erkennen, daß Macmillan mit der Überzeugung heimkehrte, es sei der Mühe wert, eine große diplomatische Konferenz mit den Russen in Gang zu setzen. Seine Einstellung wurde mit Vorliebe als „elastisch" bezeichnet, während diejenige de Gaulles und Adenauers als „hart" charakterisiert wurde, da diese beiden Staatsmänner, die eine sehr enge Zusammenarbeit entwickelten, den Standpunkt vertraten, man dürfe den Russen in keinem einzigen Punkt nachgeben, und der einzig richtige Kurs bestehe im Beharren auf dem Status quo.

In Amerika vollzog sich ausgerechnet in dieser kritischen Phase der Außenpolitik ein Wechsel in der Leitung des Staatsdepartements, der vermutlich auf den Kurs der Politik selbst nicht ohne Einfluß bleiben wird. Am 14. Februar durcheilte die Botschaft die Welt, daß der Staatssekretär John Foster Dulles von Krebs befallen sei. Präsident Eisenhower, der in seinen Mitarbeiter das größte Vertrauen setzte, wollte ihn unbedingt behalten; erst als sich der Zustand Dulles' verschlechterte, nahm er seine Demission an und ernannte kurz vor der Genfer Konferenz dessen bisherigen Stellvertreter, Christian Herter, zum neuen Staatssekretär. Am 24. Mai erlag Dulles seinem Leiden.

In der Zeitspanne zwischen dem Berlin-Ultimatum Chruschtschews und dem Zusammentritt der Genfer Konferenz wurden zwölf formelle Noten zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten ausgetauscht, ferner hielten Chruschtschew und Eisenhower mehrere Reden, in denen sie ihren Standpunkt umschrieben, und schließlich pflegten die Außenämter der Westmächte einen sehr engen Kontakt, wobei auch die NATO mit ins Gespräch gezogen wurde. Den Schlußstein auf diese rege diplomatische Tätigkeit setzte eine Konferenz der Außenminister Amerikas, Englands, Frankreichs und Deuschlands, die Ende April in Paris zusammenkamen, um die nur schlecht zusammenstimmenden Ansichten der Westmächte auf

eine Linie zu bringen, die dann in Genf verfolgt werden sollte. Dieser Pariser Konferenz entsprach eine gleichartige Konferenz des Ostblocks in Warschau, an welcher sogar ein Vertreter Chinas teilnahm.

Das Ergebnis des westöstlichen Gesprächs zeitigte die Bereitschaft, eine Außenministerkonferenz einzuberufen, welche die Voraussetzung zu einer Gipfelkonferenz schaffen sollte. Verhandlungsgegenstand wären Berlin, Deutschland und europäische Sicherheit. Man war auch übereingekommen, Vertreter West- und Ostdeutschlands zur Konferenz beizuziehen, ohne daß man sich aber über ihren Status verständigt hätte. Auch war man übereingekommen, eventuell weiteren Nationen einen Platz am Konferenztisch zu gewähren, ohne daß man aber die Bedingungen geregelt hätte. Diese lückenhafte Vorbereitung der Konferenz war schon am ersten Tag Anlaß zu beträchtlichen Schwierigkeiten, indem eine Differenz darüber entstand, in welcher Eigenschaft die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zugelassen werden sollten. Man einigte sich schließlich darauf, daß sie zwar nicht am runden Tisch der vier Delegationen, aber immerhin im Konferenzsaal sollten Platz nehmen und mit Einverständnis aller Außenminister das Wort ergreifen dürfen. Die ersten drei Konferenzwochen vergingen damit, daß die Parteien sich ihre Deutschlandpläne vorlegten und gegenseitig zerzausten. Die Konferenz begann am 11. Mai und wurde am 20. Juni für drei Wochen unterbrochen, um am 13. Juli neu zu beginnen. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, aber man trennte sich zu Beginn der Konferenzpause mit dem gemeinsamen Willen, die Gespräche fortzusetzen.

Paul Chaudet
Bundespräsident für das Jahr 1959
Photopreß-Bilderdienst, Zürich

*

Die Tatsache, daß es überhaupt zu einem diplomatischen Gespräch gekommen ist, muß man darauf zurückführen, daß zwischen den beiden großen Machtblöcken ein Rüstungsgleichgewicht entstanden ist und beide erkannt haben, daß sie mit ihrem Gegenspieler existieren müssen, da ihnen die Möglichkeit fehlt, ihn niederzuringen. Sowohl die Sowjetunion wie die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen heute über solche Vernichtungswaffen, daß keine der beiden Mächte es wagen kann, die andere anzugreifen, selbst wenn sie in irgendeinem gegebenen Moment einen kleinen Vorsprung besäße. Die sensationellen Erfolge, die Rußland im Jahre 1957 mit den ersten Sputniks erntete, wurden im folgenden Jahre von den Amerikanern aufgewogen, indem sie bewiesen, daß sie ebenfalls imstande sind, künstliche Satelliten in die Kreisbahn um die Erde zu schießen. Als sie dann aber versuchten, den Mond mit einem Raketengeschoß zu erreichen, mußten sie wieder einen Rückschlag einstecken, indem ihnen im Spätjahr 1958 drei Experimente fehlschlugen. Ein russischer, am 2. Januar 1959 unternommener Versuch erreichte zwar auch nicht das gewünschte Ziel, indem die Rakete am Mond vorbeischoß, sie setzte dann aber ihren Lauf ins Weltall fort

und kreist dort nunmehr als erster von Menschenhand geschaffener Planet um unsere Sonne.

Das ganze Jahr hindurch führten die Amerikaner weitere teils erfolgreiche, teils mißglückte Versuche mit Langstreckenraketen durch. Ihre interkontinentalen Geschosse haben aber noch nicht jene Zuverlässigkeit erreicht, welche die Russen den ihrigen nachsagen. Immerhin sind die Amerikaner so weit, daß sie in Italiens Alpen eine erste Einheit von Mittelstreckenraketen zum Einsatz bringen konnten. Fliegerabwehrraketen sind auch bereits in Deutschland stationiert. Die Verfügungsgewalt über die atomischen Sprengköpfe aller Raketen, die im NATO-Bereich zur Aufstellung kommen, behalten sich die Amerikaner aber allein vor.

*

Die dramatischsten und spektakulärsten Ereignisse des Berichtsjahres brachte aber weder Berlin noch der Wettlauf nach dem außerirdischen Raum, sondern wieder einmal der unruhige und an Überraschungen reiche Orient. Mittelpunkt der Krise waren diesmal nicht Ägypten oder Syrien, die ja heute zusammen die Vereinigte Arabische Republik bilden, sondern der Irak. Unter seinem König Faisal und dessen starkem, altem Mann, Nuri-es-Said, galt Irak als der beste Freund des Westens. Seine Hauptstadt Bagdad war der Sitz des Bagdadpaktes, der jene mohammedanischen Nationen vereinte (Pakistan, Persien, Irak, Türkei), die nicht neutralistisch waren, sondern zum Westen hielten. Am 14. Juli 1958 brachte eine Revolution im Irak dieses ganze Gebäude zum Einsturz. Oberst Karim Kassem stürzte an der Spitze einer Armeeverschwörung das bisherige System. Der König und Ministerpräsident Nuri-es-Said wurden vom Pöbel ermordet, und Kassem richtete eine Militärregierung ein, die sich, mit Ausnahme eines rasch niedergeworfenen Aufstandes in Mossul am 8. März 1959, unangefochten halten konnte. Kassems Sprache war die gleiche wie jene Nassers; auch er führte seine Revolution unter dem Zeichen eines arabischen Nationalismus durch. Jedermann erwartete, daß Kassem mit Nasser eng zusammenarbeiten werde, ja der Anschluß des Iraks an die Vereinigte Arabische Republik schien vor der Türe zu stehen. Diese Spekulationen verflossen aber im Laufe eines Jahres in nichts. Kassem stellte die Freunde eines Anschluß-

Beerdigung von Bundesrat Feldmann
Der Sarg des beliebten und anerkannten Magistraten wird von Offizieren ins Münster getragen. Hinten rechts die Bundesräte Lepori und Petitpierre.

Photo W. Rydegger, Bern

ses an die Vereinigte Arabische Republik kalt, sofern er sie nicht, wie seinen engsten Kampfgenossen, Oberst Aref, sogar vor Gericht aburteilen ließ, und schließlich kam es zu einem eigentlichen Bruch zwischen Irak und der Vereinigten Arabischen Republik. Am 10. März zogen die feindlichen arabischen Brüder das Visier vom erbosten Gesicht, und die Radiostationen des Iraks und Ägyptens beschimpften sich in den schärfsten Worten. Da der Irak sich gegenüber Rußland sehr aufgeschlossen zeigte und die Kommunisten im Irak steigenden Einfluß gewannen, ging bei dieser Gelegenheit auch die ägyptisch-sowjetische Freundschaft in Brüche. Präsident Gamal Nasser nahm in den schärfsten Worten gegen den Kommunismus Stellung, was in Moskau sehr ungnädig vermerkt wurde, vorerst aber keine sichtbaren Folgen auf die diplomatischen Beziehungen zwischen Kairo und der Sowjetunion hatte.

Der Umsturz im Irak führte unmittelbar zu einer schweren internationalen Verwicklung, die sich dann aber erstaunlich rasch wieder löste. Am nächsten Tag nach dem Ausbruch der irakischen Revolution landete die amerikanische Mittelmeerflotte über 10 000 Mann Marinefüsiliere im Libanon. Diese sollten ein Übergreifen der Revolution auf den Libanon verhindern und eventuell im Irak sogar einmarschieren, falls sich dort ein Bürgerkrieg entwickelt hätte. Der rasche und eindeutige Erfolg der irakischen Revolution, der Verzicht Kassems auf eine Brüskierung des Westens (so tastete er die englischen Petroleuminteressen im Irak nicht an) machten ein Eingreifen der amerikanischen Truppen überflüssig. Ihre Einmischung hätte eine sehr gefährliche Situation geschaffen, da Rußland sich von Anfang an auf die Seite Kassems gestellt hatte. Die Amerikaner beschränkten sich also darauf, die beiden Parteien im libanesischen Bürgerkrieg, der schon seit dem Mai gedauert hatte, zu neutralisieren und die Voraussetzungen zu einer politischen Lösung des Konfliktes zu suchen. Diese wurde denn auch gefunden, indem Präsident Chamoun und sein Premierminister Sami Solh im September das Heft aus der Hand gaben und unter der Ägide des neuen Präsidenten, Fuhad Schehab, der neue Ministerpräsident, Raschid Karami, eine Regierung bilden konnte, die paritätisch aus Mitgliedern der mohammedanischen und der christlichen Bevölkerungsgruppe zusammengesetzt wurde. Damit kehrte der Friede ins

Ein neuer Bundesrat

Nach dem unerwarteten Tod von Bundesrat Feldmann wurde im Dezember 1958 der frühere Ständerat Fritz Wahlen zum Bundesrat gewählt. Bundesrat Wahlen ist in den Kriegsjahren 1939–1945 jedem Schweizer durch die von ihm zielbewußt geführte Anbauschlacht bekannt geworden.

Photo W. Rydegger, Bern

Land zurück, und bis am 25. Oktober hatten die Amerikaner das Land wieder verlassen.

Ihrer Evakuierung ging aber noch eine politische Auseinandersetzung in der UNO voraus. Die Russen versuchten, eine Verurteilung der Amerikaner durchzusetzen, während letztere selbst gerne ein formelles Mandat der UNO zur Friedenssicherung im Mittleren Osten erhalten hätten. Den beiden Gegenspielern war es aber unmöglich, die benötigte Zweidrittelsmehrheit in der Generalversammlung zu erreichen. Da ergriffen die Araber ihre Chance, um selbst eine Resolution vorzulegen, welche so abgefaßt war, daß sie den Großmächten jeden Vorwand zur Einmischung entzog. Bei der beinahe sprichwörtlichen Uneinigkeit der Araber war es nicht leicht, die Meinungen der zehn arabischen Nationen unter einen Hut zu bringen, aber es gelang letzten Endes doch, und nachdem die streitenden Araber sich hier versöhnt hatten, war in der UNO jedermann froh, die kritische Angelegenheit rasch beilegen zu können. So wurde am 21. August 1958 die von den Arabern vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. Sie verlangte wohl den Rückzug der Amerikaner und Engländer, setzte dafür aber keine Frist, ferner lehnte sie eine Polizeimacht der UNO ab.

*

Das kleine Land Jordanien durchlief im Jahre 1958 eine große Krise, und es gab Perioden, da niemand mehr einen Franken auf den Kopf seines jungen Königs, Hussein, gesetzt hätte. In Jordanien selbst waren breite Bevölkerungsschichten, besonders jene aus dem palästinensischen Landesteil, so für Nasser eingenommen, daß sie ihr Land bei der nächsten besten Gelegenheit verraten hätten. Diese Gelegenheit schien sich zu bieten, als in Irak im Juli die geschilderte Revolution von nasseristischem Charakter ausbrach und die kurz zuvor aufgebaute jordanisch-irakische Föderation wieder zerbrochen war. Viele Jordanier sahen die Stunde eines ägyptisch-irakischen Großreichs gekommen, in welchem sie die wichtige Landbrücke gebildet hätten. Auch die alte Protektoratsmacht Jordaniens, England, dessen Schöpfung das Wüstenreich der Haschemiten ja gewesen war, sah diese Bedrohung, und um ihr zu begegnen, warf die englische Regierung am gleichen Tag, da die Amerikaner in Libanon landeten, 2000 Fallschirmjäger nach Jordanien, deren Anwesenheit dann tatsächlich den Ausbruch von Unruhen verhinderte. König Hussein überstand auch den kritischen Moment, da die britischen Soldaten wieder abzogen. Teils durch wohldosierte Polizeimaßnahmen, teils durch das Beispiel seines persönlichen Mutes gelang es ihm, die Lage in der Hand zu behalten. Im gleichen Maße, wie sich dann im Laufe des Jahres 1959 die Beziehungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und dem Irak zuspitzten, konsolidierte sich die Herrschaft Husseins. Im März und April konnte er sich dann sogar leisten, für zwei Monate sein Land zu verlassen. In Amerika erreichte er es, daß ihm ein förmliches Garantieversprechen für den Bestand Jordaniens gegeben wurde, außerdem erhielt er Kredite in der Höhe von 10 Millionen Dollar und 2,5 Millionen Pfund. So ist das Land im Moment, da wir schreiben, politisch und militärisch gesichert, und seine Wirtschaft soll nicht zuletzt durch den Ausbau des Hafens von Akaba auch gefördert werden, damit das Land nicht so ganz von ausländischen Subventionen abhängen muß.

*

Noch war die mittelöstliche Krise nicht völlig beigelegt, als China eine neue Krise vom Zaune riß. Am 28. August eröffnete es ein Trommelfeuer auf die beiden Inseln Quemoy und Amoy, die dem chinesischen Festland nahe vorgelagert sind, aber von den formosa-chinesischen Truppen Tschiang Kai-scheks gehalten werden. Die Beschießung war so heftig und forderte so viele Opfer, daß man von einem eigentlichen Krieg sprechen konnte. Dennoch führten die Chinesen die mehrmals angekündigte Invasion der Inseln nicht durch. Für Amerika entstand eine schwierige Lage, da es nie ganz klar geworden war, ob das Garantieversprechen, das sie für Formosa selbst gegeben hatten, auch für die weitabgelegenen Küsteninseln gelten sollte. Washington behalf sich mit sibyllinischen Erklärungen, die den Nebenzweck hatten, die Chinesen im unklaren zu lassen. Militärisch beteiligten sich die Amerikaner insofern an der Auseinandersetzung, als amerikanische Kriegsschiffe den Geleitschutz für die

chinesischen Schiffe übernahmen, die den Nachschub für Quemoy und Amoy besorgten. Schließlich nahmen Amerika und China direkte diplomatische Kontakte auf, indem am 15. September in Warschau ein amerikanischer und ein chinesischer Botschafter zusammentraten. Es ist nie bekannt geworden, was die beiden verhandelt haben, aber nachträglich kann man aus den weiteren Geschehnissen schließen, daß sie Auftrag hatten, über eine Entschärfung der Lage zu verhandeln. Die Amerikaner gaben den Geleitschutz auf, und die Chinesen ließen ihr Artilleriefeuer abflauen, so daß im Laufe des Herbstes die Formosakrise wieder in sich zusammensackte und alles beim alten blieb.

In China selbst ist insofern eine bedeutsame Veränderung zu registrieren, als am 15. Dezember der chinesische Altmeister des Kommunismus, Mao Tsetung, mitteilte, daß er das Amt des Staatspräsidenten aufgeben werde. Am 27. April wurde dann der neue Präsident vom nationalen Volkskongreß gewählt; es ist Liu Schao-tschi, auch ein alter Kommunist, der seine entscheidende Parteibildung schon in den zwanziger Jahren erhalten hatte und vor allem als Gewerkschaftsführer hervorgetreten ist. Eine schwierige und uns sehr unsympathisch berührende Aufgabe haben sich die Chinesen gestellt, indem sie beschlossen, sogenannte Volkskommunen einzurichten. Eine Volkskommune ist eine riesige Produktions- und Konsumgenossenschaft, in welcher jedes einzelne Mitglied im Kollektiv völlig aufgeht und nur noch ein kleines, seiner Individualität beraubtes Rädchen darstellt. In seinen extremsten Formen ist bei diesem System das Geld fast ganz abgeschafft, und die Familien sind aufgelöst. Es scheint aber, daß auch die fügsamen Chinesen in diesen Volkskommunen nicht die Erfüllung ihres höchsten Lebensglücks sehen, denn es sollen mehrmals Rebellionen vorgekommen sein, so daß schließlich auch von Regierungsseite das Experiment zumindest abgebremst wurde und von seiner Ausdehnung auf die Städte abgesehen wurde. Über ins einzelne gehende Informationen verfügt man nach wie vor nicht.

*

Großbrand in Zürich

Der seit Jahrzehnten größte Brand in der Stadt Zürich vernichtete die obersten Stockwerke eines soeben mit enormen Kosten vollständig renovierten Gebäudes im Zentrum der Stadt. Die Brandursache: Selbstentzündung von mit Leinöl getränkten Lappen, die auf einem Holzboden liegen blieben.

ATP-Bilderdienst, Zürich

Mit seinem südlichen Nachbarn Indien geriet China in einen scharfen Gegensatz, da es sich anschickte, den Tibet gleichzuschalten. Schon 1950 hatten rotchinesische Truppen die Tibetaner besiegt und die alte chinesische Oberherrschaft wieder aufgerichtet. Damals schlossen sie aber einen

Koexistenzvertrag mit dem Dalai Lama, in welchem sie den Tibetanern ihr religiöses Eigenleben zusicherten und eine weitgehende Autonomie versprachen. Dieser Vertrag wurde aber von den Chinesen sehr mangelhaft eingehalten, und es kam in den letzten Jahren immer wieder zu Aufständen, die im März 1959 den Charakter einer eigentlichen Erhebung annahmen. Die Chinesen wurden dank ihren überlegenen militärischen Mitteln damit fertig, aber sie konnten nicht verhindern, daß der Dalai Lama, das politische und religiöse Oberhaupt der Tibetaner, entfliehen konnte. Nach beschwerlichem Marsch über die Berge traf er in Indien ein, wo er mit allen Ehren empfangen wurde und Asyl erhielt. Die Unterdrückung des Tibets durch die Chinesen hatte in Indien eine ähnliche Wirkung wie in Westeuropa die Unterdrückung der Ungarn durch die Russen im Jahre 1956. Der dünne Tarnanstrich der indisch-chinesischen Koexistenzpolitik blätterte ab, und die nackten Gegensätze der beiden in ihren geistigen Grundlagen so verschiedenen und an der Himalayagrenze hart aufeinanderprallenden Staaten traten hervor. Selbst der friedfertige Nehru konnte nach anfänglichem Zögern nicht mehr anders als das chinesische Vorgehen im Tibet eindeutig zu mißbilligen. Militärisch werden sich die Chinesen im Tibet wohl relativ leicht behaupten können, aber die Seelen der stark religiösen Tibeter werden sie nicht für sich gewinnen, solange der wie ein Gott verehrte Dalai Lama im Exil weilt.

*

In Frankreich gelang es Premierminister de Gaulle in völlig planmäßiger und ungestörter Weise, sein Regime zu festigen, die Vierte Republik zu beerdigen und die Fünfte aus der Taufe zu heben. Mit den algerischen Wohlfahrtsausschüssen wurde er als General rasch fertig, indem er den Offizieren verbot, in diesen Ausschüssen zu verbleiben; damit sackten sie in sich zusammen. Am 13. Mai 1959 zeigte sich ihre Enttäuschung, indem alle Siegesfeiern über den ersten Jahrestag der Putschistenbewegung unterblieben. Der verfassungsmäßige Umbau Frankreichs ging schnell vorsich: am 20. August genehmigte der Ministerrat bereits die neue Verfassung, am 28. September wurde sie vom Volk mit 31 Millionen Ja gegen nur $5^1/_2$ Millionen Nein angenommen. Ende November wurde die neue Nationalversammlung nach einem neuen Wahlgesetz gewählt, für das de Gaulle den aus früheren Zeiten bekannten Majorz mit zwei Wahlgängen wieder einführte. Sieger bei den Parlamentswahlen wurde die neogaullistische „Union de la Nouvelle République". Am 21. Dezember sodann ließ sich de Gaulle zum ersten Präsidenten der Fünften Republik wählen, ein Amt, das bedeutend mehr Machtfülle auf sich vereinigt, als die

Das Schweizer Handelsschiff „Nyon" ist vor der englischen Küste auf Grund gelaufen. Man plant, das Schiff mit Schweißbrennern in zwei Teile zu teilen, und hofft, wenigstens das Heck mit den wertvollen Maschinenanlagen noch verwenden zu können.

ATP-Bilderdienst, Zürich

Präsidentschaft früher besaß, und am 9. Januar ernannte er seinen getreuen Schildträger Maurice Debré zum Premierminister. Damit war der Umbau vollendet. Als positive Leistung ist ein um die Jahreswende in Kraft gesetztes neues Finanzprogramm zu vermerken, das vom Bürger zwar erhebliche Mehrleistungen verlangte, dafür aber die Finanzen des Staates sanierte und den Franc zu einer frei umwechselbaren Währung machte. Gleichzeitig wurde eine Münzreform eingeleitet mit einem „schweren" neuen Franc, der wieder, wie Anno dazumal, ungefähr gleich viel wert ist wie ein Schweizer Franken. Ein Mißerfolg war dem Regime de Gaulles in Algerien beschieden, indem es ihm nicht gelang, die dortige Rebellion niederzuwerfen. De Gaulle widersetzt sich zwar dem Programm der algerischen Ultranationalisten, die für eine völlige Gleichstellung Algeriens mit dem Mutterland, die sogenannte Integration, eintreten; er machte aber klar, daß er nicht daran denkt, Algerien etwa fahrenzulassen, sondern er spricht von einer französisch-muselmanischen Gemeinschaft und einem ungeheure Summen erfordernden wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm für Algerien, das den Einheimischen den Verbleib bei Frankreich schmackhaft machen soll. Tatsächlich genossen bei den Parlaments- und Gemeindewahlen die Muselmanen und Muselmaninnen bereits die volle Gleichberechtigung, aber unter dem Druck der Befreiungsarmee kam eine eigentliche algerische politische Willensbildung nicht zustande, und Frankreich kann sich immer noch nicht auf eine repräsentative Schicht von frankreichfreundlichen Algeriern stützen.

Im übrigen Afrika heimste de Gaulle einen Erfolg ein, indem sich beim Referendum über die Verfassung, das ein indirektes Plebiszit darstellte, die Mehrheit der Afrikaner für ein Verbleiben in der „Communauté française" aussprachen. Nur in der Kolonie Guinea überwogen die Neinstimmen, worauf Guinea sogleich aus dem französischen Reichsverband entlassen wurde und einen unabhängigen Negerstaat bilden konnte. Er wurde am 12. Dezember als 82. Mitgliedstaat in die UNO aufgenommen; im Weltpostverein übrigens kam die Zahl der Mitglieder durch den Beitritt Guineas genau auf 100.

Monarchenbesuch in Bern

Der König von Griechenland besuchte mit seiner Familie Bern. Unser Bild zeigt ihn mit Bundesrat Holenstein im Bahnhof Bern.

Photo W. Nydegger, Bern

*

Ein sehr bemerkenswerter politischer Erfolg wurde in bezug auf die leidige Zypernfrage erzielt. Während Jahren hatten die Zyprioten, moralisch unterstützt von Griechenland, einen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialmacht geführt. Als endlich England bereit war, die Insel freizugeben, erhoben die Türken ihre Stimme. Sie erklärten, nie könnten sie es zulassen, daß Zypern sich, wie es die Zyprioten

wünschten, dem griechischen Mutterlande anschlöße, da dies die Unterdrückung der auf der Insel lebenden rund 20% türkischer Volksangehöriger bedeuten würde. Sie forderten die Teilung der Insel. Ein Versuch der Engländer, einen von ihnen konzipierten Zypernplan in Kraft zu setzen, der einen Übergang der Insel zur Selbstregierung ermöglichen sollte, war ein völliger Fehlschlag, da die Griechen darin nur einen verkappten Versuch sahen, die Teilung doch noch zu verwirklichen.

Schließlich obsiegte in den verantwortlichen Männern Griechenlands und der Türkei die bessere Einsicht. Sie kamen überein, die Frage selbst in die Hand zu nehmen. Auf eine erfolgreiche Kontaktnahme ihrer Außenminister kamen die Premierminister Griechenlands und der Türkei, Karamanlis und Menderes, am 11. Februar 1959 in Zürich zu einer Konferenz zusammen, die mehrere Tage dauerte und mit einer völligen Einigung endete. Die Briten gaben ebenfalls ihren Konsens, und damit war die Zypernfrage gelöst. Der Kern der Lösung bestand darin, einen unabhängigen, unteilbaren Staat Zypern zu schaffen, der mit einem Anschlußverbot an Griechenland belegt wurde. Die neue Republik erhält ein Präsidialregime, das demjenigen der USA nicht unähnlich ist, in dem aber der Vizepräsident eine starke Position als Mitregent erhält. Der Präsident soll immer ein Grieche sein, der Vizepräsident ein Türke, das Kabinett soll aus 7 griechischen und 3 türkischen Mitgliedern bestehen. Dann gibt es ein Parlament, in dem die Mitglieder zu 70% aus Griechen und zu 30% aus Türken bestehen sollen; die Türken erhalten also eine gewiße Übervertretung, aber wir in der Schweiz wissen, daß ein solches Entgegenkommen der Mehrheit gegenüber der Minderheit manchmal eben notwendig ist und seine Früchte tragen wird, indem es dem gefährlichen, staatensprengenden Minoritätenkomplex vorbeugt. Die Engländer haben in der Republik Zypern nichts zu befehlen, aber sie sicherten sich zwei Gebietsstücke, die unter ihrer Souveränität bleiben, wo sie ihre militärischen Stützpunkte beibehalten wollen. So bleibt die Insel im Machtbereich der NATO. Das interessante Ergebnis der neuen Regelung ist nun aber doch, daß es neben dem alten hellenischen Staat nun einen zweiten griechischen Staat geben wird, womit im Falle Griechenlands wieder einmal der so viel Unheil gebracht habende nationalistische Grundsatz durchbrochen ist, daß alle Personen gleicher Muttersprache unbedingt im gleichen Staate leben sollen.

*

Um die Jahreswende kam auf Kuba ein gefürchteter Diktator zu Fall. Der Rebellenführer Fidel Castro, der zwei Jahre lang im Busch gegen die Truppen des Diktators gekämpft hatte, konnte einen völligen Sieg feiern. Während er sich aber noch zum Einzug in die Hauptstadt Havanna vorbereitete, floh der Diktator Battista in die Dominikanische Republik, wo sich auch seine Diktatorenkollegen aus Argentinien und Venezuela bereits bei ihrem Protektor Trujillo eingefunden hatten. Fidel Castro übernahm die Ministerpräsidentschaft. Sein Regime, das sich zur Demokratie bekannte, übte aber eine sehr rachebetonte Justiz gegenüber den Anhängern Battistas aus, von denen sich viele offenbar schwerer Grausamkeiten schuldig gemacht hatten. Dennoch werteten die serienweisen Todesurteile das Ansehen des jungen Revolutionshelden ab, und die Aufnahme, die er bei seinem Besuche in Amerika im Mai fand, war eher gemischt. Es verdient aber vermerkt zu werden, daß die Zeit der Diktatur in Süd- und Mittelamerika offenbar vorbei ist und die Demokratie, wenn auch langsam und mit Mühe – wie z. B. in Argentinien –, bei diesen an Militärputsche und Diktatoren gewöhnten Völkern Boden gewinnt.

*

Am 9. Oktober starb Papst Pius XII. im Alter von 82 Jahren. Als sein Nachfolger wurde der Erzbischof von Venedig, Kardinal Angelo Giuseppe Roncalli gewählt, der den Namen Johannes XXIII. annahm.

*

In der Schweiz verlief das Jahr durchaus erfreulich, indem die Wirtschaft weiterhin auf Hochtouren blieb. Ein gewisses Abflauen war einzig in der Uhren- und in der Textilindustrie zu verzeichnen. Die Aufwärtsbewegung der Zinsen kam zum Stillstand, im Gegenteil konnte eine

leichte Senkung registriert werden. So stand der Satz für 1. Hypotheken beim Abschluß dieses Berichtes auf $3^3/_4$ %, und für Spareinlagen wurden $2^3/_4$ % berechnet. In der Landwirtschaft war ein Obstjahr zu verzeichnen wie schon lange nicht mehr. Die unerwartete Hochflut an Obst konnte dann aber doch, nicht zuletzt dank dem Alkoholgesetz, zum größten Teil sinngemäß verwendet werden.

Große Beachtung und Anerkennung fand eine Ausstellung der Schweizer Frauen, nämlich die zweite Saffa, die in Zürich stattfand. Trotz der Hochschätzung der Arbeit der Schweizer Frau, die anläßlich dieser Ausstellung allgemein zum Ausdruck kam, blieb aber die politische Quittung dafür aus. In einer eidgenössischen Abstimmung über die Einführung des integralen Stimm- und Wahlrechtes für Frauen am 1. Februar 1959 stimmten 654 000 männliche Schweizerbürger Nein und nur 323 000 Ja. Immerhin wiesen die Kantone Waadt, Genf und Neuenburg annehmende Mehrheiten auf; in der Waadt wurde am gleichen Tag eine kantonale Abstimmung über das Frauenstimmrecht durchgeführt, so daß die Waadtländerinnen also bereits im Vollbesitz des Stimm- und Wahlrechts sind. Dieser erste Einbruch in die Front des Männerstaates dürfte zumindest in anderen welschen Kantonen bald Schule machen.

Im allgemeinen zeigte sich der schweizerische Souverän im Berichtsjahr sehr wohlgelaunt. So wurde der Filmartikel angenommen, der dem Bund die Kompetenz erteilt, auf dem Gebiet des Filmwesens Gesetze zu erlassen, ferner der Spölvertrag mit Italien, der den Bau der Inn-Kraftwerke ermöglicht, sodann der Kursaalartikel, durch den der Minimaleinsatz bei Glücksspielen von 2 auf 5 Franken erhöht wurde, und nicht zuletzt mit sehr starkem Mehr der Straßenbauartikel, der den Weg frei macht zum Bau von Autobahnen. Noch bevor die Ausführungsgesetzgebung spruchreif war, wurde bereits mit dem Bau der besonders dringlichen Autobahn Genf–Lausanne begonnen; in den übrigen Landesteilen ist man intensiv mit den Projektierungsarbeiten beschäftigt. Dagegen verwarf das Volk eine Initiative zur allgemeinen Einführung der 44-Stunden-Woche in der Wirtschaft. Im Jahre 1959 am 24. Mai gelang es endlich im zweiten Anlauf, den Zivilschutzartikel vor dem Volk durchzubringen. Der Anstoß erregende Paragraph über die obligatorische Dienstpflicht der Frauen war entfernt worden, und nun rang sich das Schweizervolk zu der bitteren Erkenntnis durch, daß es ganz einfach eine Notwendigkeit unserer Zeit ist, das eigentliche Militärwesen durch eine

Überfall auf die ungarische Gesandtschaft in Bern
Soeben wird einer der beiden Täter (beides Ungarn) von der Polizei abgeführt.
Photo W. Rydegger, Bern

funktionsbereite Organisation zum Schutze der Zivilbevölkerung zu ergänzen.

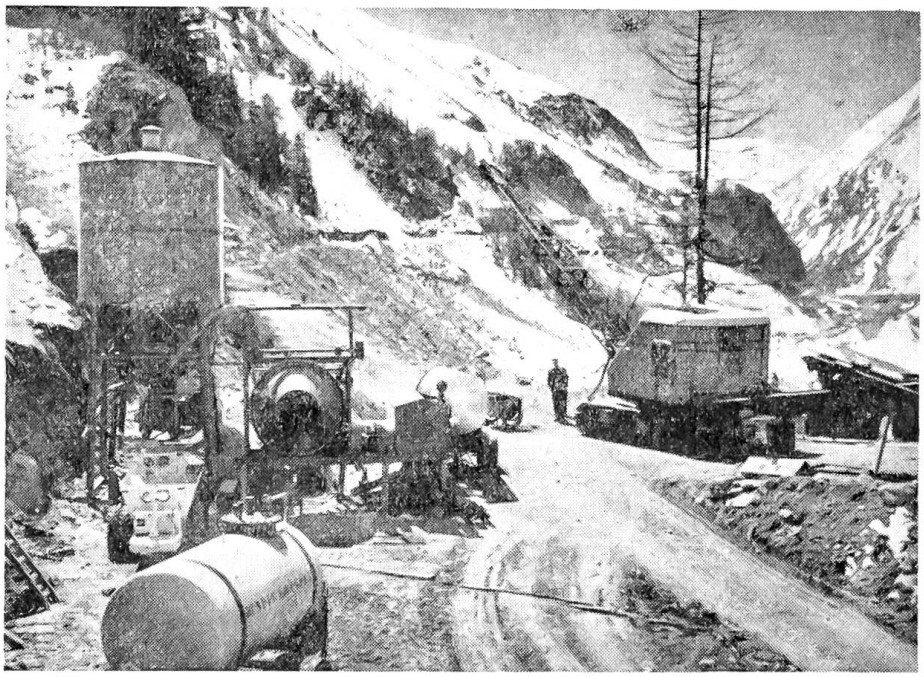
Die allgemeine Militärpolitik krankt zwar trotz guter Arbeit im einzelnen immer noch am Mangel einer Gesamtkonzeption. Den Entwurf zu einem zeitgemäßen Ausbau unserer Rüstung, den die Armeebehörden im Auftrage des Bundesrates ausgearbeitet hatten, wies dieser zurück, da er eine Belastung unseres Budgets mit sich gebracht hätte, die für unseren Kleinstaat untragbar wäre. Nun muß die Frage neu behandelt werden. Ebenso gelang es noch nicht, einen Entschluß zu fällen über die Anschaffung von Militärflugzeugen, welche an die Stelle des mißlungenen P-16 zu treten hätten. Vom allgemeinen Stande unserer Rüstung legte das Defilee eines ganzen Armeekorps, das am 14. Mai 1959 in Payerne durchgeführt wurde, ein beredtes Zeugnis ab. Dort marschierten auch erstmals junge Einheiten mit, die mit dem neuen Sturmgewehr ausgerüstet waren. Der altmodische Gewehrgriff ist ja bereits am 12. März 1958 abgeschafft worden.

Wenn in der Landespolitik die Sensationen glücklicherweise ausblieben, so ging es doch nicht ohne Erschütterungen ab. Mit großem Schmerz vernahm das Schweizervolk am Abend des 3. November 1958 den Tod des geschätzten Bundesrates Dr. Markus Feldmann. Er wurde durch einen Herzschlag mitten aus seiner geliebten und erfolgreichen Arbeit gerissen. Feldmann war 1951 in den Bundesrat gewählt worden, von 1945 bis dahin hatte er als bernischer Regierungsrat gewirkt, und von 1928 bis 1945 hatte er sich als Chefredaktor der „Neuen Berner Zeitung" einen Namen gemacht, da er in der vordersten Front jener stand, die sich gegen eine nationalsozialistische Beeinflussung der Schweizer Politik aus dem Norden gewendet hatten. In seiner Eigenschaft als Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements trat Bundesrat Feldmann als ein Vorkämpfer für Recht und Freiheit hervor und erwarb sich ein allgemeines Ansehen. Unter den Toten des Jahres ist noch besonders des großen Gewerkschaftsführers Nationalrat Arthur Steiner zu gedenken, der als ein überzeugter Verfechter der Belange der Arbeiterschaft doch nie auch die gesamte Volkswirtschaft aus dem Auge verlor und als maßgeblicher Vertragspartner des Friedensabkommens in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, das im Mai 1959 wiederum um 5 Jahre verlängert wurde, eine Anerkennung genoß, die weit über seine engeren Kreise hinausging.

Die Beziehungen der Schweiz zu den übrigen Ländern entwickelten sich weiterhin erfreulich. Als Zeichen für ihre Wertschätzung darf wohl auch vermerkt werden, daß

Brand in der Berner Kaserne
Beschädigt wurden der Dachstock und das oberste Stockwerk des Südflügels.
Photo W. Rydegger, Bern

die Außenministerkonferenz wiederum Genf zu ihrem Tagungsort erkor. Ein heikles Problem entstand aber im Zusammenhang mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die am 1. Januar 1959 ihre ersten Zollsenkungen verwirklichte. Die an der Wirtschaftsgemeinschaft nicht beteiligten Länder versuchten ein Auseinanderklaffen des europäischen Wirtschaftskörpers zu verhindern, indem sie die Schaffung einer Freihandelszone vorschlugen. Dieser Idee schloß sich auch die Schweiz an. Es gelang aber nicht, den Widerstand der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegen diese Idee zu überwinden, so daß die Frage immer noch hängig ist. Sie läßt uns nicht vergessen, wie eng unsere Wirtschaft eben mit dem Ausland verhängt ist. Wir wollen hoffen, daß dieses Problem im Ablauf des nächsten Jahres gelöst wird.



Ein neues gewaltiges Straßenbauprojekt: Der Tunnel durch den Großen St. Bernhard
Auf der Schweizer Seite im Val d'Entremont sind im Frühjahr 1959 die Arbeiten in Angriff genommen worden.

ATP-Bilderdienst, Zürich

Abgewimmelt

Gelegentlich der Abendgesellschaft, die von den Hollywooder Künstlern zu Ehren des Komikers Graucho Marx veranstaltet wurde, der vor kurzem der Bühne Valet gesagt hatte, näherte sich dem Gefeierten einer jener Jünglinge, die eine Ehre darein setzen, mit jeder Berühmtheit „befreundet" zu sein. „Wie geht's, Graucho?" schrie er, daß man es bis zur Saaltür vernahm. „Erinnern Sie sich noch an die vergnügten Tage, die wir zusammen in Dakota verbracht haben?"

Marx schaute sich den jungen Mann sehr genau an. „Ich vergesse niemals ein Gesicht", schrie er zurück, „aber Ihnen zuliebe will ich einmal eine Ausnahme machen."

Margarethen

Vom Wiener V. Bezirk „Margarethen" wird behauptet, daß dort der unverfälschteste Wiener Dialekt gesprochen wird. Viktor Kutschera, der beliebte Wiener Heldendarsteller, war ein echtes Margarethner Kind, und deshalb konnte er einen, allerdings kaum merkbaren, Anklang von Dialekt nie ganz überwinden. Als er zum erstenmal den Faust spielte, schrieb der Kritiker Julius Bauer:

„Kutschera war ein feuriger Faust, dem man anmerkte, daß er von ‚Margarethen' kam."

„Jakob", sagte die Mutter vorwurfsvoll, „weißt du nicht, was mit kleinen Jungen passiert, die lügen?" – „Doch, die fahren für die halbe Taxe."

„Das ist angenehm, Herr Swensson, Sie nach langer Zeit wieder einmal zu treffen. Ich habe so vieles über Sie gehört!" – „Ja, ja, aber haben Sie irgendwelche Beweise?"